

## **Das demographische Rentenproblem – der politische Ausweg**

**Seit Jahrzehnten ist in Deutschland und den meisten anderen europäischen Staaten ein demographisches Problem absehbar. Die Größe der erwerbstätigen Bevölkerung sinkt im Verhältnis zur den Rentenbeziehern. Das stellt die Bezahlbarkeit der umlagefinanzierten Rentensysteme in Frage. Grundlegende Rentenreformen blieben aus. Lediglich kleinere Korrekturen vertagten das Problem bisher. Auch in der Zukunft wird das Rentensystem weiter am Leben gehalten. Allerdings wird die aktuelle politische Strategie dazu nicht aufgehen.**

Es bedarf keiner komplizierter Formeln, um bei der demographischen Entwicklung zu errechnen, dass bei einer sinkenden Zahl an Beitragszahlern und einer steigenden Zahl an Rentnern die aktuelle Finanzierung der Renten nicht durchzuhalten ist.

Das Problem ist schon seit den achtziger Jahren offenkundig und entwickelt sich seither weiter. So schleichend wie das Problem sich ausweitet, so kontinuierlich wird an der Beseitigung akuter Symptome gearbeitet. Die jeweilige Regierung dreht kontinuierlich an kleineren Stellschrauben, um die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben zu reduzieren.

Das steigende Rentenniveau alleine ist eigentlich kein Problem. Da es mittlerweile fest an die Lohnentwicklung geknüpft ist, verändern sich Einnahmen und Ausgaben prozentual gleich. Eine Störung dieses Gleichgewichtes gibt es nur in den wenigen Jahren, in denen die Lohnentwicklung negativ ist, da eine negative Rentenentwicklung ausgeschlossen wurde. Dies sind aber tatsächlich nur sehr vereinzelte Jahre.

Anders sieht es bei der steigenden Zahl an Rentenempfänger aus. Hierbei handelt es sich um ein systematisches Problem. In der Vergangenheit wurden die Symptome durch Erhöhung des Rentenalters, Reduktion der Renten und Erhöhung der Beitragszahlungen bekämpft. Doch diese Möglichkeiten sind in Zukunft begrenzt, da eine weitere Veränderung politisch schwer durchsetzbar ist. Welche Möglichkeiten gibt es stattdessen?

Zuletzt kam die Politik auf die Idee, das der politisch einfachste Weg die Zuwanderung ist. In Deutschland fehlen ohnehin Arbeitskräfte. Durch eine Vergrößerung der Menge an Beitragszahlern ließe sich das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder verbessern. Damit war von politischer Seite das Problem zunächst gelöst. Langfristige Folgen spielen bei politischen Entscheidungen in der Regel keine Rolle. In der Zukunftsbetrachtung beeinflussen diese allerdings sehr deutlich die zukünftigen politischen Entscheidungen und die Entwicklung eines Landes.

Das Problem an der Verbreiterung der Rentenbasis durch Einwanderung ist, dass in Deutschland nicht unbedingt die benötigten Arbeitskräfte zuziehen. Das heißt, auf jeden beitragszahlenden Zugezogenen kommen eine schwer abschätzbare Zahl an Personen, die den Sozialetat belasten. Damit reduziert sich vordergründig das Defizit der Rentenkassen. Es erhöhen sich aber die Summe aus Umlagen und Sozialausgaben. Die kulturellen und sozialen Spannungen im Land sind ebenfalls nicht zu unterschätzen. Der sozio-kulturelle Konflikt tritt allerdings erst richtig zu Tage, wenn er sich nur noch mit hohem Aufwand lösen lässt. Für die weitere Entwicklung des Rentensystem wird die Folge sein, dass dieser Weg nicht ohne eine klare Strategie und Regelung der Zuwanderung in dem zur Lösung des Rentengleichgewichts notwendigen Maße beschritten werden kann.

Eine Verbreiterung der Rentenzahler durch Einbeziehung von Selbständigen wird zunächst nicht kommen, da sonst die Abgeordneten und Beamten ihr komfortables eigenes Rentensystem ebenfalls zur Disposition stellen müssten. Es würde das

Problem ohnehin nur vertagen, da die Selbständigen eine ähnlich schlechte demographische Struktur haben wie die Gesamtbevölkerung. Sehr wahrscheinlich wird man aber an einer Reihe von kleineren Stellschrauben die Rentenbasis erhöhen, die die Sonderstellung der Abgeordneten und Beamten nicht gefährdet. Das einzig durchsetzbare Modell ist die Einführung einer Basisrentenversicherung für alle zur Deckung einer Mindestrente. In Grund führt daran kein Weg vorbei, stellt aber eigentlich mehr eine Steuer als eine Rentenzahlung da.

Die Steuerfinanzierung von Rentenleistungen wird man darüber hinaus noch ausweiten, da so eine Umverteilung von Vermögenden in die breite Allgemeinheit der Rentner möglich ist. Solche Maßnahmen sind politisch immer leicht durchsetzbar. Eine grundsätzliche Änderung des Rentensystems zum Beispiel hin zu einer Mischform mit einer kapitalgedeckten Rentenversicherung steht vor allem aus ideologischen Gründen im nächsten Jahrzehnt nicht ernsthaft zur Disposition.

Der Zeitpunkt, an dem die Renten nicht mehr über kontinuierliche Korrekturen aufrecht zu erhalten sind, liegt nach heutigem Stand erst nach dem Moment, an dem die sonstigen Umverteilungen und Sozietats nicht mehr getragen werden können. Dann gibt es ohnehin ein schwer lösbares Problem der europäischen Staatsfinanzen. Und bis dahin ist noch ein weiter Weg von einigen Jahrzehnten. Gemütlich wird der Verlauf bis dahin insbesondere für den staatstragenden Teil der Bevölkerung nicht. Eine Änderung der Entwicklung ist erst abzusehen, wenn sich der Politikstil und das politische Interesse in der Bevölkerung hin zu einer sachbezogeneren langfristigen Orientierung wandelt. Dies ist zurzeit noch nicht zu erkennen.

Weiter Informationen unter:

wgzf  
wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Zukunftsforschung  
Postfach 71 01 21  
81451 München  
info@wgzf.de  
Fax +49-89-30 65 75 95